



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 6/14

### I. Das Wichtigste zuerst

#### 1. Gespräch mit Thomas Mann MdEP zur europäischen Arbeits- und Sozialpolitik



„Hände weg vom Meisterbrief!“, lautete die Kernaussage des Vizepräsidenten des zuständigen Ausschusses für Beschäftigung und Soziales des Europaparlaments und hessischen CDU-Europaabgeordneten Thomas Mann am Dienstagmorgen in der Arbeitsgruppensitzung Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Insbesondere störe den erfahrenen Sozialpolitiker, dass die EU-Kommission den deutschen Meisterbrief seit Jahren bekämpft. Der von der EU-Kommission angestoßene Evaluierungsprozess von Berufszugängen sei genauso abzuwehren, da die Strategie der EU ganz klar auf der Hand liege: „Man will Deutschland durch die anderen Mitgliedstaaten wegen des Meisterbriefs an den Pranger stellen lassen“. Daher gilt es nun, den Meisterbrief mit vereinten Kräften zu verteidigen. Sowohl CDA als auch Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU unterstützen die Forderung nach dem Erhalt des Meisterbriefs. Durch die Abschaffung des Meisterbriefs, wäre die hohe Ausbildungsleistung im Handwerk gefährdet. Deutschland steht weltweit für höchste Qualität. Dieses Alleinstellungsmerkmal hebt unser Handwerk zurecht hervor. Die Qualität der dualen Ausbildung ist die Grundlage unseres Wohlstands und dürfe nicht aufgegeben werden. Die Entwertung der Meisterqualifikation führt zwar zum Anstieg der Handwerksunternehmen, sie hat aber auch Lohndumping und möglicherweise

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*ich freue mich, Ihnen von einer vollgepackten und arbeitsreichen Woche zu berichten!*

*Montag früh begrüßte mich die erste studentische Praktikantin in meinem Berliner Büro, Lena Malzacher, aus meiner Heimatgemeinde. Sie wird auf Seite 4 vorgestellt.*

*Am Montag war der deutsche Spitzenkandidat zur Europawahl, David McAllister aus Niedersachsen in der Landesgruppe – auf mich macht er einen kompetenten und sympathischen Eindruck und vor allem: er brennt für Europa und wird Deutschland richtig positionieren.*

*In der Arbeitnehmergruppe war Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe zu Gast. Ich habe ihn nach der Arztversorgung im Ländlichen Raum gefragt. Eine Patentlösung hatte er nicht parat, das Thema wird uns noch länger begleiten.*

*Am Parlamentarischen Abend mit dem THW Baden-Württemberg habe ich die Verantwortlichen für den Transport des Christbaumes für die Landesvertretung kennengelernt - eine muntere, aktive Truppe, die zudem einen wichtigen ehrenamtlichen Beitrag im Zivil- und Katastrophenschutz leistet.*

*Ihre*

Pfusch zur Folge. Meisterleistung verdient dagegen Anerkennung und ist ein hohes Gut, welches wir verteidigen müssen. Ich schließe mich daher den Ausführungen von Thomas Mann voll und ganz an und werde Gelegenheiten nutzen, um über dieses Thema mit unseren Handwerksunternehmen im Wahlkreis zu sprechen.

## **2. Mindestlohn kommt! Ausnahmen und Nachbesserungsbedarf inbegriffen**

Ab dem 1. Januar 2015 haben alle in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich den Anspruch auf ein Arbeitsentgelt von mindestens 8,50 Euro pro Stunde. In der Übergangszeit vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2016 bleiben allerdings tarifvertragliche Abweichungen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes erlaubt. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn ohne jede Einschränkung.

Der von der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vorgelegte Gesetzentwurf sieht Ausnahmen vor: **ehrenamtliche Tätigkeiten** sind naturgemäß nicht betroffen, auch **Ausbildungsverhältnisse** fallen nicht in den Geltungsbereich. Hingegen gelten alle Praktikanten im Sinne des Berufsbildungsgesetzes als Arbeitnehmer im Sinne des Mindestlohngesetzes. Auf **Langzeitarbeitslose** findet diese Regelung sechs Monate nach der Einstellung Anwendung.

**Jugendliche, allerdings bloß bis 18 Jahre, ohne Ausbildung** im Sinne des Jugendarbeitsschutzgesetzes sollen von der Mindestlohnregelung ausgenommen bleiben. Hier sehe ich **Nachbesserungsbedarf**. Es gibt viele Jugendliche, die mit 18 Jahren noch keine Ausbildung angefangen haben. Für Jugendliche, die aufgrund welcher Umstände auch immer, den Schulabschluss erst mit 18 in der Tasche haben, würde der Eintritt in den Geltungsbereich des Mindestlohngesetzes falsche Anreize schaffen. Die Entscheidung: Job oder Ausbildung würde vielen von ihnen leichter in Richtung Job fallen. Eine Ausbildung aber ist die Voraussetzung für die Erlangung einer beruflichen Qualifikation. Sie ist der Grundstein für den Berufseinstieg und eine Investition in die Zukunft des Einzelnen. Gut ausgebildete Kräfte sind zwar vor Arbeitslosigkeit nicht geschützt, haben aber aufgrund ihrer Qualifikation mehr Chancen und Möglichkeiten, z.B. die einer Weiterbildung. Dieser Aspekt wird in den kommenden Beratungen von unserer Fraktion aufgegriffen werden.

## **II. Die Woche im Parlament**

### **1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat am 20./21. März 2014 in Brüssel**

Die Bundeskanzlerin berichtete dem Plenum über Schwerpunkte und Ziele des bevorstehenden Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs. In der anschließenden Debatte standen die aktuellen Vorgänge in der Ukraine im Mittelpunkt.

### **2. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „NSA“**

Mit einem gemeinsamen Antrag aller im Bundestag vertretenen Fraktionen setzen wir einen Untersuchungsausschuss ein, der die Kommunikationsüberwachung, über die insbesondere

Edward Snowden berichtet hat, aufarbeiten soll. **Der aus Wutach stammende Bundestagskollege Clemens Binniger wird den Vorsitz des Untersuchungsausschusses übernehmen.**

### 3. Equal Pay Day – Gegen Lohndumping und Lohndiskriminierung bei Frauen!

Equal Pay Day markiert den Zeitraum, den Frauen über das Jahresende hinaus arbeiten müssen, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Immer noch erhalten Frauen 22 Prozent weniger als Männer, obwohl sie das Gleiche arbeiten. 22 Prozent von 365 Tagen sind 80 Tage. Zählt man ab dem 1. Januar auf dem Kalender 80 Tage ab, gelangt man zum 21. März.



(Bild: Gabriele Schmidt mit Christiane Herder von der Frauenunion)

Als Berichterstatterin für Entgeltgleichheit im Ausschuss für Arbeit und Soziales stehe ich ganz klar hinter den Forderungen des Equal Pay Day. Der Schwerpunkt in diesem Jahr liegt auf den Erwerbsunterbrechungen, die typischerweise von den Müttern nach der

Geburt ihres Kindes wahrgenommen werden. Ich finde es ein Unding und eine Ungerechtigkeit, dass Frauen im 21. Jahrhundert für gleiche Arbeit immer noch ungleich entlohnt werden! Frauen, die sich für Kinder entscheiden, werden oft bestraft. Das darf nicht sein. Ich sehe die Politik und damit mich selbst in der Verantwortung, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der den Anforderungen einer gerechten Lohnentwicklung im Hinblick auf Veränderungen im Lebenslauf der Mütter genügt. Entscheidend sind aus meiner Sicht die Wahlfreiheit und die größtmögliche Flexibilität. Die wirtschaftliche Bewältigung der Geburt eines Kindes muss selbstverständlich möglich sein. Es ist nicht verwunderlich, dass viele junge Frauen, sich gegen Kinder entscheiden, da sie befürchten müssen, nach der Pause keinen gerecht entlohnten Job zu finden. Indem Frauen die Aussicht auf eine gerecht bezahlte Arbeit verwehrt bleibt, werden sie de facto ihrer Entscheidungsfreiheit beraubt. Angesichts der Tatsache, dass Kinder unsere Zukunft sind, hat diese häufige Konsequenz gravierende Folgen für den Fortbestand unserer Gesellschaft und damit für den Sozialstaat. Frauen, die trotz ihrer beruflichen Qualifikation in Minijobs oder in die Teilzeit verdrängt werden, sind die Verlierer unserer Gesellschaft, obwohl sie ihren Fortbestand sichern. Sind Frauen im Minijobrhythmus drin, finden sie nur schwer wieder heraus. Die Bundesregierung will daher die Übergänge in sozialversicherte Beschäftigung erleichtern.

### 4. EU-Afrika-Gipfel - Neue Impulse für die entwicklungspolitische Partnerschaft

Unser Antrag befasst sich mit dem vierten EU-Afrika-Gipfel am 2./3. April 2014 in Brüssel. Dort sollen die Ziele der europäisch-afrikanischen Partnerschaft für die nächsten drei Jahre

vereinbart werden. Besondere Herausforderungen für die Beziehungen der beiden Nachbarkontinente sind zum einen das Vordringen neuer Akteure in Afrika (China, Indien), aber auch sicherheitspolitische Fragestellungen. Mit unserem Antrag betonen wir zugleich die Rolle der Entwicklungspolitik als vorausschauende Friedenspolitik.

### III. Sonstiges

#### 1. Praktikum im Berliner Büro



Seit dieser Woche hat unser Büro im Bundestag Verstärkung durch eine Praktikantin erhalten. Lena Malzacher ist Studentin der Rechtswissenschaften an der Universität Trier. Ursprünglich kommt Lena aus dem Wahlkreis, ist in Ühlingen-Birkendorf im Ortsteil Brenden aufgewachsen und hat die Justus Liebig Schule in Waldshut besucht. Die nächsten vier Wochen unterstützt Frau Malzacher unser Team. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

#### 2. „Hand in Hand – Mit vollem Einsatz für Baden-Württemberg“

lautete das Motto des parlamentarischen Abends des THW-Landesverbandes Baden-Württemberg. In einer freundschaftlichen Atmosphäre nutze ich die Gelegenheit, den haupt- und ehrenamtlichen Helfern für den langjährigen Einsatz zu danken und mich über die aktuellen Einsätze genauer zu informieren. Dabei durfte ich Frank Göller, den Vorsitzenden des THW Tuttlingen und Walter Ulrich, Geschäftsführer des THW Villingen-Schwenningen, kennenlernen. Mit Walter Nock, dem Landessprecher für Baden-Württemberg, konnte ich bereits Details zum Transport des Weihnachtsbaumes im Herbst 2016 besprechen. Ein sehr informativer und gelungener Abend!



(v. links: Frank Göller, Gabriele Schmidt, Walter Ulrich)